
Zwischen Abschiebung, Protest und rassistischer Gewalt, der EU-Türkei – Deal und seine Konsequenzen.

Tod an Europas Grenzen

Von 2000 bis 2014 starben nach Schätzungen des journalistischen Datenbankprojekts „The Migrant’s Files“ über 23.000 Menschen auf der Flucht nach Europa. Und das Massenstreben an den Grenzen geht immer weiter. Allein im letzten Jahr waren es 3700 Menschen, die in der Hoffnung auf Schutz vor Verfolgung, Krieg und Armut, ihr Leben auf dem Mittelmeer ließen.

Für ihren Tod an Europas Grenzen sind weder Naturgewalten noch Schlepperorganisationen verantwortlich. Es sind die Architekt_innen der Festung Europa, die Staats- und Regierungschef_innen der Europäischen Union die mit ihrer Politik der Abschottung, Menschen auf ihrer Flucht nach Europa töten. Damit stehen aber auch alle Menschen in der Verantwortung, die durch Wegsehen und Schweigen diese tödliche Politik der Unmenschlichkeit zulassen.

Militarisierung der Flüchtlingsabwehr

Die EU versucht, ihre Grenzen hermetisch abzuriegeln. Mit einer erschreckenden Vehemenz treibt die EU die Militarisierung der Flüchtlingsabwehr voran. An immer mehr Grenzschnitten werden meterhohe Stacheldrahtzäune errichtet und Kriegsschiffe patrouillieren im Mittelmeer. Selbst militärische Interventionen, etwa in Libyen, werden erwogen. Andere Maßnahmen der Abschottung sind weniger

sichtbar – etwa das EUROSUR-System, das die Grenzen mit Satelliten, Drohnen und Sensoren überwacht.

Drittstaaten als Türsteher

Eine weitere Abschottungs-Strategie der EU ist es, Menschen die Schutz suchen schon abzuwehren, lange bevor sie die Grenzen Europas erreichen – etwa in Nordafrika, Osteuropa oder der Türkei. Dafür kooperiert die EU mit Staaten, deren Regierungen sie als eine Art Türsteher einsetzt – auch wenn es sich bei diesen um autoritäre Staaten oder Diktaturen handelt, die die Rechte von Geflüchteten und oft auch die ihrer eigenen Staatsbürger_innen missachten.

Masseninhaftierung von Geflüchteten im Namen der EU

Alle Geflüchtete, die seit dem 20. März in Griechenland ankommen, werden in sogenannten Hotspots festgehalten, damit sie nicht innerhalb der EU weiterreisen können. Sämtliche Hilfsorganisationen, wie das UNHCR und Ärzte ohne Grenzen, verweigern der EU dabei ihre Unterstützung, weil sie in dieser Praxis der Inhaftierung einen Verstoß gegen die Menschenrechte sehen.

Nur wenn ein schutzsuchender Mensch sein Leben bei der Überfahrt riskiert, entsteht eine legale Einreisemöglichkeit für einen anderen Schutzsuchenden aus Syrien.

EU-Türkei Deal

Die auf den griechischen Inseln inhaftierten Geflüchteten werden nach einem pro-forma Schnellverfahren in dem sie ohne Zugang zu rechtlicher Beratung beweisen müssen, dass sie in der Türkei nicht sicher sind, zurück

in die Türkei zurück verfrachtet. Damit wird das Menschenrecht auf Asyl faktisch abgeschafft. Im Austausch für jede_n in die Türkei abgeschobenen Geflüchtete_n darf zwar eine andere Person legal nach Europa einreisen. Damit entsteht aber auch nur dann eine legale Einreisemöglichkeit für Geflüchtete, wenn ein schutzsuchender Mensch zuvor sein Leben bei der Überfahrt nach Griechenland riskiert hat. Dies gilt allerdings auch nur für lediglich 72.000 syrische Geflüchtete – verteilt innerhalb der EU. Für Geflüchtete aus anderen Ländern – beispielsweise aus Afghanistan, dem Irak oder Eritrea gibt es nach wie vor keine legalen Einreisewege nach Europa.

Für 3 Milliarden Euro, soviel kostet der Deal, versucht die EU sich von ihrer Verantwortung frei zu kaufen. Ein Geschäft auf dem Rücken von Geflüchteten bei dem die Menschenrechte auf der Strecke bleiben: Durch verkraftbare Geldtransfers und minimale Zugeständnisse an die Türkei, wie ein erleichterter Zugang zu einem Visum für die europäische Union, können die Probleme der Welt wieder an die europäischen Grenzen gedrängt werden.

Die Türkei ist kein sicherer Drittstaat

Bilder von aus Griechenland in die Türkei abgeschobenen Geflüchteten bestätigen, dass Geflüchtete zumeist in großen Zahlen in zu kleine Turnhallen gequetscht werden. Reporter_innen berichten, dass Geflüchtete in „selbst gebauten Hütten aus Plastikplanen“ wohnen. Nur 0,1 % der Geflüchteten besitzen eine Arbeitserlaubnis in der Türkei. Es ist zudem bekannt, dass seit Jahresbeginn hunderte Schutzsuchen-

de nach Syrien, oder nach Afghanistan, abgeschoben wurden.

Die EU verletzt mit dem Türkei Deal bewusste Menschenrechte und treibt die Abschottung weiter voran.

Insgesamt kann die Türkei kaum als sicherer Drittstaat bezeichnet werden, wobei selbst der wissenschaftliche Dienst der Bundesregierung die unzureichende Umsetzung der Genfer Flüchtlingschutzkonvention einräumte. Auch im Hinblick der jüngsten Menschenrechtsverletzungen, sowie der Krieg gegen die Kurd_innen ist die Türkei alles andere als ein sicherer Hafen für die Geflüchteten. Insofern verletzt die EU mit dem Deal bewusst Menschenrechte und treibt die Abschottung weiter voran.

Solidarität mit dem Protest geflüchteter Menschen

Die Abschottung der europäischen Grenzen wird Migration nicht verhindern. Menschen werden sich ihr Recht auf Bewegungsfreiheit immer nehmen. Das machen Geflüchtete, die auf den griechischen Inseln festgehalten werden, einmal mehr klar: Sie werden ihre Abschiebung in die Türkei nicht hinnehmen. In der vergangenen Woche kam es immer wieder zu Protesten und Gegenwehr inhaftierter Menschen gegen ihre drohende Abschiebung und die katastrophale Versorgungssituation vor Ort. Am Donnerstag, den 7. April, gelang es 250 Menschen aus dem Abschiebegefängnis auf der Insel Samos auszubrechen. Für einige Stunden konnten sie sich frei auf der Insel bewegen, bevor sie von Polizei und Frontex-Beamten wieder zurück ins

Lager transportiert wurden. Auf Chios hielt eine Gruppe von Geflüchteten mit einem selbst errichteten Protest-Camp eine Woche lang einen Hafen besetzt. Am Donnerstag Abend, den 7. April, wurden sie von rassistischen Gruppen der lokalen Bevölkerung angegriffen und daraufhin von der Polizei gewaltsam geräumt. Wir solidarisieren uns mit diesen und allen anderen Kämpfen von Menschen auf der Flucht in Griechenland und weltweit.

Grenzen töten

Die Strategie der EU mit Abschiebungen, Stacheldraht und militärischer Überwachung an den Grenzen Migration zu unterbinden, kann und wird so nicht aufgehen. Höhere Grenzen führen immer zu mehr Todesopfern.

Wir, die asylpolitische Gruppe „Mehr als 16a“ fordern einen Politikwechsel hin zu Offenheit und Solidarität. Eine Solidarität, die Grenzen überschreitet und keinen Unterschied zwischen Menschen macht.

Konkret heißt das für uns:

Wir fordern legale und sichere Einreisemöglichkeiten für alle Geflüchteten!

Wir fordern den sofortigen Stopp von Abschiebungen aus Griechenland in die Türkei!

Wir fordern das Ende der unmenschlichen Abschottungspolitik!

Wir fordern den sofortigen Stopp der Kriminalisierung von Migration!

OPEN THE BORDER!

www.livetickereidomeni.bordermonitoring.eu

Aktuelle Informationen zu den Entwicklungen in dem Geflüchteten Camp an der Grenze zwischen Griechenland und Ungarn.

www.bordermonitoring.eu

Analysen und Hintergrundinformationen zu den aktuellen Entwicklungen an den Außengrenzen der Europäischen Union.

www.proasyl.de

Eine Vielzahl an Publikationen rund um das Thema Flucht und Migration werden hier bereitgestellt, sowie Artikel mit Informationen zur momentanen Situation.

mehrals16a.blogspot.de

Kontakt: mehral16a@gmail.com

V.i.S.d.P. Mehr als 16a – Asylpolitische Diskussion und Aktion; Hofstallstraße 4, 97070 Würzburg



Aus dem Auge aus dem Sinn - wie der Türkei-Deal der Europäischen Union die „Flüchtlingskrise“ lösen soll und die Prinzipien der Genfer Flüchtlingskonvention ausgehebelt werden.